

Beschluss des Landrats vom 22.04.2021

Nr. 882

20. Applaus ist nett, gerechte Löhne sind echte Wertschätzung 2020/333; Protokoll: mko, ama

Landratspräsident **Heinz Lerf** (FDP) informiert, dass der Regierungsrat bereit sei, das Postulat entgegen zu nehmen, und Abschreibung beantrage.

Miriam Locher (SP) führt aus, dass sich die Politik schon länger mit dem Thema Pflege beschäftige. Man ist sich sicher einig, dass dies eine schwierige und belastende Zeit für die Pflegenden ist. Es gibt auch noch keine Lösung, wie sich echte Wertschätzung dem Personal gegenüber ausdrücken lässt. Man hat heute, im Verlauf des Tages, gehört, dass es drängt, Lösungen zu finden, und dass bisher nur Tropfen auf den heissen Stein gefallen sind. Es wurde aber auch klar gesagt, dass man auf ausreichend gute und ausgebildete Pflegekräfte angewiesen ist, und dass einem langsam die Felle davon schwimmen. Für die SP-Fraktion ist diese Thematik noch nicht erledigt. Es gibt dazu neue Ideen, die man seitens SP einbringen wird. Man wird jedoch an diesem Vorstoss festhalten, bis es für das Pflegepersonal eine konkrete Verbesserung ihrer Situation und echte Wertschätzung gibt. Somit ist die SP-Fraktion klar für die Überweisung, jedoch gegen Abschreiben des Vorstosses.

Peter Brodbeck (SVP) findet das Thema zu wichtig, um den Vorstoss nicht zu überweisen. Man möchte nicht, dass die Sache stillschweigend untergeht. Die SVP-Fraktion ist jedoch der Meinung, dass sich der Vorstoss abschreiben lässt.

Im Postulat geht es um zwei Themen: Einerseits geht es generell um die Lohn- und Anstellungssituation bei den Pflegeberufen, andererseits um die Wertschätzung und damit die Formen der Anerkennung für die grossartige Leistung im Pflegebereich während der Covid-19-Epidemie. Zur Wertschätzung: Die SVP stört, dass jetzt über eine einzelne Gruppe von Beschäftigten geredet wird, auch wenn diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die volle Hochachtung für ihre Leistungen verdienen. Der Respekt der SVP gilt aber allen Berufsgruppen, die unter Corona auf mannigfaltige Art zu leiden haben und unter erschwerten Bedingungen ihrer Arbeit nachgehen müssen. Man denkt dabei – die Liste ist nicht vollständig – an die Helden der Strasse, an alle Fernfahrer, die vor geschlossenen WCs und Waschanlagen standen und zu Beginn gar keine Verpflegungsmöglichkeiten hatten. Oder alle Beschäftigten bei der Post oder beim Versandhandel, die unter Hochdruck arbeiten müssen, um hunderttausenden von Paketen verarbeiten zu können. Oder an die Schulleitungen und die Lehrkräfte, die unter ganz besonderen Bedingungen dafür sorgen müssen, dass der Schulbetrieb weitergeht. Auch nicht vergessen gehen sollen der Kulturbetrieb und die Gastwirtschaft. Nicht zuletzt denkt man auch an alle, die um ihren Arbeitsplatz oder den Verlust ihrer Existenz bangen und mit finanziellen und psychischen Problemen zu kämpfen haben. Es sei daran erinnert, dass es Branchen gibt mit bis zu 10-prozentiger Arbeitslosigkeit.

Vor diesem Hintergrund scheint es nicht angebracht, eine einzelne Berufsgruppe in irgendeiner Form von Staates wegen besonders zu behandeln. Wenn das Ansinnen damit begründet wird, dass die Arbeit dieser Gruppe systemrelevant sei, soll einem jemand sagen, weshalb das nicht auch für Überlandchauffeure gelten soll. Ohne deren Einsatz unter erschwerten Bedingungen würden die Lieferketten und damit der Handel und die Industrie nicht mehr funktionieren. Lieferengpässe führen dazu, dass es teilweise zu Preisaufschlägen von bis zu 100 % kommt. Wer unter diesen Umständen mit einem Werkvertrag mit fester Preisbindung konfrontiert ist, ist wirklich zu bedauern. Es gibt also verschiedene Situationen, in denen Menschen von Corona betroffen sind. An diese alle gilt es zu denken, anstatt von Staates wegen Einzellösungen zu beschliessen.

Zum Postulat: Mit der Antwort des Regierungsrats ist man einverstanden. In der Zwischenzeit informierte er ja auch darüber, welche Leistungen das Kantonsspital gegenüber den Mitarbeitenden erbracht hat. Offensichtlich sind die Spitäler ihrer Verantwortung als Arbeitgeber bewusst. Gemäss Zeitungsmeldungen ist das Personal mit der Anstellungssituation soweit zufrieden. Es gibt nur wenige Abgänge zu verzeichnen und auch bei den Heimen stehen die Verantwortlichen in der Pflicht. Als Stiftungsratsmitglied eines Pflegeheims kann der Votant beobachten, dass man sich auch dort der Verantwortung gegenüber dem Personal durchaus bewusst ist.

Zum zweiten Thema des Postulats: Dass im Pflegebereich ein Fachkräftemangel besteht, der sich in den kommenden Jahren noch verschärfen wird, ist hinlänglich bekannt. Corona hat einem das wieder einmal deutlich vor Augen geführt. Es ist Aufgabe der Sozialpartner, Lösungen anzustreben, die den Beruf attraktiv machen, damit sich wieder vermehrt junge Leute dafür interessieren und erfahrene Pflegepersonen sich nicht abwenden. Auch hier konnte man lesen, dass sich wieder vermehrt junge Leute dem Beruf zuwenden. Das ist erfreulich. Für den finanziellen Teil sind die Arbeitgeber aber abhängig davon, wie die erbrachten Leistungen abgegolten werden. Für Tarife ist der Bund zuständig. Da alle wissen, dass das Gesundheitswesen komplex strukturiert ist, wird das keine leichte Angelegenheit sein. Aber auch hier ist man am Ball und man wird genau hinschauen, was sich alles entwickelt.

Die SVP-Fraktion unterstützt den Regierungsrat und wird das Postulat abschreiben.

Für **Sven Inäbnit** (FDP) ist das Postulat, wie auch für seine Fraktion, eine Gratwanderung. Es beinhaltet mehrere Aspekte, die man einerseits gutheisst, andererseits jedoch aus formellen Gründen ablehnt.

Es sei gesagt, dass die Empathie der FDP klar den Pflegenden gilt, die in den 14 Monaten sehr viel gearbeitet und beigetragen haben, diese Krise zu bewältigen. Der Vorstoss datiert vom Juni letzten Jahres. Damals war noch nicht so manifest, wie viele andere Berufsgruppen ebenfalls mithelfen mussten, um diese Krise zu bewältigen. Peter Brodbeck hat einige aufgezählt. Ergänzt sei diese Aufzählung noch um das Betreuungspersonal, Verkaufspersonal, Reinigungspersonal, ÖV-Angestellte, Militärangehörige, Praxis- und Apothekenpersonal. Alle diese waren und sind erhöhten Risiken ausgesetzt und konnten oft nicht Dienst nach Vorschrift leisten. Die FDP wird das Postulat nicht ablehnen, weil ja durchaus richtig ist, was drinsteht. Dennoch wird die FDP dem Antrag des Regierungsrats auf Abschreibung folgen.

Die Wertschätzung lässt sich nicht nur in Geld fassen. Und wenn das Geld verteilt wird, schafft das nur neue Ungerechtigkeiten. Wieso soll jetzt gerade das Personal in den öffentlich-rechtlichen Spitälern mehr für ihre Leistung erhalten als in anderen Spitälern, wo ebenfalls ein Beitrag geleistet wurde? Was ist mit anderen Berufsgruppen? Diese Ungerechtigkeit möchte man nicht unterstützen. Es müssen andere Lösungen her. Wie gesagt hat das Postulat mehrere Aspekte, zum Beispiel die Problematik, wie heute der Pflegeberuf angeschaut und wertgeschätzt wird. Auch hier ist der Votant mit seinem Vorredner einig, dass es sich um ein strukturelles Problem handelt, das sich nicht mit einer Aktion über den Lohn lösen lässt. Dazu braucht es andere Massnahmen, wie die Aufwertung des Berufs als Ganzes, die Ausbildung, Attraktivität, Rahmenbedingungen etc.

Die FDP-Fraktion hat zwei Seelen in ihrer Brust. Einerseits unterstützt sie die Aussagen des Postulats, andererseits geht sie mit dem darin aufgezeigten Weg uneins. Der Regierungsrat hat in seiner Antwort dargelegt, welche Massnahmen möglich sind und legte diese gegenüber der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission letzte Woche dar. Es ist dabei klar, dass die Lohnfrage letztlich eine Sache ist, die sich unter den Sozialpartnern abspielt. Es kann nicht sein, dass Landrat oder Regierung in dieses System reinreden. Die FDP wird deshalb das Postulat überweisen und abschreiben.

Miriam Locher (SP) möchte auf einige Punkte ihrer Vorredner eingehen. Es gibt in der Tat ganz viele Berufsgruppen, die in schwierigen Zeiten leben. Sie kennt das aus eigener Erfahrung.

Gleichwohl liegt der SP wirklich viel daran, dass man sich für die Pflegekräfte einsetzt. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, wenn Peter Brodbeck die schwierige Situation für Postangestellte, Fernfahrerinnen und Fernfahrer etc. beklagt. Etwas dafür tun möchte die SVP ja dann aber doch nicht. Die Devise scheint zu sein, die Situation lieber für gar niemanden zu verbessern, anstatt eine Berufsgruppe zu bevorzugen. Das ist doch sehr stossend. Peter Brodbeck hatte auch mehrfach erwähnt, dass diese Leute den vollen Respekt der SVP geniessen. Um diesen Respekt ist die Votantin zwar froh – nur haben sie leider nichts davon. Hingegen würde es ihnen etwas bringen, wenn man grundsätzlich über ihre Arbeitsbedingungen nachdenken würde und konkrete Verbesserungen erreichen könnte. Es geht nicht nur ums Geld. Die Prämie ist nur ein Bereich. Der andere ist, dass man auch bei den Arbeitsbedingungen etwas ändern müsste. Denn diese sind in der Pflege, gerade unter Corona, besonders schwierig.

Es wurde auch erwähnt, dass es erfreulich sei, wenn wieder vermehrt junge Leute in den Beruf einsteigen. Das stimmt. Unerwähnt blieb jedoch, dass sie auch wieder aussteigen – eben weil die Arbeitsbedingungen so streng sind. Deshalb hält die SP-Fraktion am Postulat fest und möchte es nicht abschreiben, weil diese Berufsgruppe nicht nur Respekt, sondern echte Wertschätzung verdient hat. Mit Freude blickt die Votantin dem Moment entgegen, wenn seitens SVP zugunsten all der anderen genannten systemrelevanten Berufsgruppen entsprechende Vorstösse kommen.

Marc Scherrer (CVP) nimmt vorweg, dass auch die CVP/glp-Fraktion ein gewisses Verständnis für das Postulat hat. In den letzten fast anderthalb Jahren hat das Pflegepersonal einen ganz wesentlichen Teil zur Bewältigung der Coronakrise beigetragen. Das ist unbestritten. Wichtig ist, dass kein politisches Kapital aus diesem Thema geschlagen wird. Das ist jedoch sicher nicht die Absicht, diesen Vorwurf möchte er niemandem unterstellen.

Das Thema tönt gut. Schaut man aber etwas genauer hin, handelt es sich um die Büchse der Pandora. Es wurde schon gefragt, wer denn effektiv von diesen Beiträgen profitieren soll. Ist es Pflegepersonal, das ausschliesslich mit Coronafällen zu tun hatte, oder ist es eine erweiterte Berufsgruppe? Was ist mit all den Personen, die möglicherweise aufgrund der Verschiebung von Operationen in Kurzarbeit waren? Ist es gerecht, nur auf die öffentlich-rechtlichen Spitäler zu fokussieren? Was ist mit den Privatspitälern? Was ist mit all den Unternehmern, denen Aufträge weggebrochen sind, die vielleicht sogar im Konkurs sind und Härtefallanträge stellen müssen? Ist die Gerechtigkeit über die ganze Linie gesehen hier wirklich vorhanden? Diese Fragen muss man sich stellen, wenn man das Thema fundiert angehen möchte.

Auf der anderen Seite hat man gehört, dass bereits einiges getan wurde. Die wichtige Interpellation von Erika Eichenberger hat klar gezeigt, dass durchaus etwas passiert ist. Es wurden Boni und Prämien ausbezahlt – nicht in grossem Ausmass, aber immerhin. Es wurden Ferientage gutgeschrieben. Die Löhne wurden erhöht. Man kann nun darüber diskutieren, ob diese Massnahmen ausreichend sind oder ob man nachdoppeln sollte. In der Beantwortung des Postulats durch die Regierung stand zu lesen, dass die Mitarbeitenden der öffentlichen Spitäler per se gar nicht dem kantonalen Personalrecht unterstellt sind. Hier stellt sich die juristische Frage, wie in dem Fall effektiv eine Unterstützung möglich ist. In der VGK, als das Anliegen an der letzten Sitzung thematisiert wurde, musste man feststellen, dass es nicht ganz so einfach ist und man ihre Löhne nicht einfach so erhöhen kann. Das wäre Sache der Sozialpartner. Eine andere Möglichkeit wäre, das Ganze über die GWL zu steuern. Rahel Bänziger und der grünen Fraktion dürften bei diesem Thema jedoch, laut eigener Aussage, die Schuhe davonfliegen. Somit wird auch dieses Unterfangen nicht ganz einfach werden. Mit anderen Worten: Die Idee ist gut und grundsätzlich jeder im Saal unterstützt das Anliegen. Bei der Frage, wie man es konkret angeht, gehen die Meinungen jedoch auseinander.

Es wäre schön gewesen, man hätte heute für die Diskussion etwas mehr Substanz gehabt – im Sinne eines konkreten Lösungsvorschlags. Es ist aber auch klar, dass ein Postulat dazu da ist, um

das Anliegen erstmal zu prüfen und zu schauen, welchen Handlungsspielraum es gibt. Dieser wird sehr beschränkt sein. In der Fraktionssitzung wurde der Vorstoss heute Morgen sehr intensiv diskutiert. Dort schälte sich heraus, dass eine Lösung via GWL denkbar wäre. Deshalb wäre es für die CVP/glp-Fraktion denkbar, das Postulat zu überweisen und stehen zu lassen, bis die GWL-Diskussion ansteht. Und dann gilt es, sich zu entscheiden, ob man via GWL allenfalls eine weitere Prämie auszahlen möchte. Falls nicht, lässt sich das Postulat abschreiben.

Andrea Heger (EVP) führt aus, dass die Mehrheit der Grüne/EVP-Fraktion die Überweisungs- und Abschreibungsempfehlung der Regierung nachvollziehen kann. Sie findet die vorhin von Marc Scherrer gehörte Idee einer Verknüpfung mit GWL jedoch ziemlich «cool». Die Frage ist beim Stehenlassen ja immer, weshalb man stehen lässt – damit etwas nicht nur als Symbol dasteht, sondern ein klarer Auftrag damit verbunden ist. Der Vorwurf des Vorredners, es würde von Seiten der Postulanten keine Vorschläge kommen, greift nicht, da bei einer Überweisung des Postulats die Regierung in der Pflicht wäre, diese Vorschläge auszuarbeiten. Diese hat zwar schon einiges beantwortet, aber man könnte argumentieren, dass noch etwas mehr kommen sollte.

Wie Miriam Locher richtig gesagt hatte, steckt man bei den Pflegeberufen in einem Teufelskreis. Das Problem des Mangels in der Pflege existiert bekanntlich unabhängig der Covid-Situation schon lange. Mit einem Blick auf die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur muss man erkennen, dass es noch schlimmer werden wird. Es sind eigentlich alle – Kanton wie Gemeinwesen – an genügend und gut ausgebildetem Pflegepersonal interessiert, damit jene, die sich darin abarbeiten, nicht völlig überlastet aus dem Beruf ausscheiden und die neu Hinzukommenden gleich wieder in die Teufelsspirale von Auslagen und Aussteigen geraten. Es gibt ja Institutionen, die durchaus sehr kreative Methoden anwenden, um zu einem guten Stock an Personal zu kommen. Die Grüne/EVP-Fraktion würde gern zusammen mit der SP schauen, wie man in dieser Richtung zusätzlich tätig sein könnte. Dem Kanton liegt ja die Ausbildung von Lehrlingen wie auch die gesamte Ausbildungsthematik selber am Herzen, so dass sich gemeinsam eine Lösung finden lässt. Sven Inäbnit hatte gesagt, dass es nicht nur um Löhne gehe. Das mag stimmen, und doch ist das ein wichtiger Bereich. Im Pflegebereich dürfte die Lohnentwicklung auf jeden Fall durchaus besser sein. Trotzdem kann die Votantin einige der von FDP und SVP eingebrachten Punkte nachvollziehen. Auch andere Berufe haben während dieser Krise Gutes und Wichtiges geleistet. Es ist aber wichtig, dass man im Pflegebereich nicht nachlässt, weil es eben nicht nur um Covid geht, sondern das Problem zwecks besserer Zukunftsaussichten ganz allgemein angepackt werden muss.

Urs Roth (SP) befürchtet, dass die Lösungsfindung nicht einfach sein werde. Dies haben schon seine Vorredner Peter Brodbeck und Sven Inäbnit erkannt. Wenn man aber immer nur auf andere Berufsgruppen schiebt und das Problem auf diese Weise zu lösen versucht, kommt man nicht weiter.

Einige Ergänzungen zu den von Miriam Locher erwähnten Punkten: Es hiess, dass es nicht nur ums Geld gehe. Wenn man den Vorstoss seriös liest, sieht man, dass unter Forderung 2 nicht nur Lohn-, sondern auch Arbeitsbedingungen explizit genannt werden. In den Spitälern, Pflegeheimen und Spitex-Organisationen liegt eine Zeitbombe, die man ticken hören kann, wenn man nur ein bisschen genau hinhört. Und das nicht nur wegen dem Bedarf aufgrund des demographischen Entwicklungsprozesses, der einen Fachkräftemangel nach sich zieht, sondern auch wegen der Arbeitsbedingungen. Dies ist ein generelles Problem und nicht nur bezogen auf die Covid-Krise. Es wird dazu nicht nur *eine* Lösung brauchen, sondern einen ganzen Korb an verschiedenen Massnahmen.

Der Votant versteht nicht, weshalb im Zusammenhang mit dem Postulat immer nur von öffentlichen Spitälern geredet wird. Der Vorstoss weist auf die generelle Problematik hin und bezieht alle Leistungserbringer im Gesundheitswesen mit ein. Wenn immer gesagt wird, die Einflussmöglichkeiten seien begrenzt, weil es Sache der Sozialpartner sei, dann sollte man zur Kenntnis nehmen,

dass es natürlich verschiedene Ansätze von Problemlösungen gibt. Der Ansatz mit den Tarifen liegt auf Ebene von KVG und Bund, das ist richtig. Aber solange es auf Bundesebene keinen runden Tisch gibt, wo Spitäler, andere Leistungserbringer und Krankenversicherer zusammen mit dem Staat sich bemühen, das Problem anzugehen, solange also der Schwarze Peter herumgeboten wird, wird es auf dieser Ebene keine Lösung geben. Dann wird es in den Tarifverhandlungen weiterhin Druck von der einen Seite geben, während die andere Seite auf ihre Finanzierungsprobleme verweisen und beklagen wird, dass ihnen die Mittel fehlen, um Attraktivität und Löhne im Pflegebereich zu verbessern. Diesem Spiel kann der Votant nicht mehr länger zusehen. Wenn man nicht die Courage hat, endlich weiterzudenken, wird man bei diesem Thema nie weiterkommen. Die Zeche wird fällig werden, wenn die Pflegepersonen in 10, 20 Jahren massenhaft aussteigen. Es sind – anders als Peter Brodbeck gesagt hat – heute schon viele, die das tun. Wenn man nichts unternimmt, werden es schon bald viel, viel mehr sein.

Es ist deshalb unverständlich, dass man sich in der Analyse hier zwar einig ist, aber nichts unternehmen möchte. Die zuständige Kommission ist wohl am Thema dran. Aber im Moment liegt nichts Konkretes vor. Es scheint immer nur hinaus- und z. B. auf die Sozialpartner geschoben zu werden. Deshalb die dringliche Bitte, den Vorstoss nicht einfach abzuschreiben, sondern stehenzulassen. Es besteht Handlungsbedarf!

Peter Brodbeck (SVP) betont, in den letzten Monaten habe der Landrat sehr unbürokratisch Hilfe für viele Branchen beschlossen. Zu den Anstellungsbedingungen für das Pflegepersonal meint er, am KSBL könnten die Anstellungsbedingungen nicht deutlich schlechter sein, als an anderen Orten in hiesigen Gesundheitsraum, denn dem Personal steht eine grosse Auswahl an Pflegeeinrichtungen und Spitälern als Arbeitgeber zur Verfügung. Trotzdem laufen die Angestellten der öffentlichen Spitäler nicht alle davon. Offensichtlich sind die Anstellungsbedingungen hier also nicht schlechter als andernorts. Auch eine neulich erschienene Zeitungsmeldung hielt fest, dass das Personal mit den Anstellungsbedingungen soweit zufrieden ist. Richtig ist aber, dass die Anstellungsbedingungen insgesamt nicht genügend attraktiv sind. Es liegt jedoch nicht in den Händen des Landrats, dies zu ändern. Die Leistungen der Spitäler werden ungenügend abgegolten und das Pflegepersonal müsste insgesamt besser entlohnt werden. Diese Tarifangelegenheit muss in Bern gelöst werden.

Erika Eichenberger Bühler (Grüne) verweist auf die Beantwortung ihrer Interpellation, welche festhält, dass das KSBL unter anderem Teilzeitpensen als einen Schlüssel zur Entschärfung des bestehenden Personalmangels in den Pflegeberufen sieht. Dies zeigt doch, dass offenbar ein Problem vorhanden ist. Regierung und Parlament haben den Auftrag, die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung im Kantons sicherzustellen. Aus diesem Grund muss sich auch der Landrat dem Thema annehmen. Es gilt dafür zu sorgen, dass wir über genügend Pflegenden verfügen. Gerade auch jüngere Menschen springen nach ihrer Ausbildung sehr schnell wieder von Pflegeberufen ab, was unter anderem mit der extrem hohen Belastung zusammenhängen könnte, welcher diese jungen Mitarbeitenden ausgesetzt sind. Kehren junge Mitarbeitende, beispielsweise nachdem sie eine Familie gegründet haben, nicht mehr in ihren erlernten Beruf zurück, so stellt dies einen Verschleiss von Ressourcen dar.

Zum Thema Bonus erklärt Erika Eichenberger Bühler, dass die Bevölkerung eine echte Anerkennung erwarte. Die Pflegenden haben einen ausserordentlichen Einsatz geleistet und dabei ihre Gesundheit hintenangestellt. Für eine einmalige Spezialbehandlung müsste der Kanton Hand bieten. Im Sinne von Marc Scherrers Votum bittet die Rednerin darum, das Postulat nicht abzuschreiben und eine Lösung zu suchen für eine Finanzierung über die GWL.

Lucia Mikeler Knaack (SP) sieht rechtliche Schwierigkeiten und wenig Handlungsspielraum für den Kanton. Sie selbst legt ihren Schwerpunkt auf die Wertschätzung. Die Pflege von schwerst-

kranken Patientinnen und Patienten kann beispielsweise nicht mit der Arbeit eines Fernfahrers verglichen werden, der für einmal nicht duschen gehen kann. Die Pflege schwerstkranker Menschen stellt eine schwere Belastung für alle Beteiligten dar. Die Aussage, die Pflegenden seien mehrheitlich zufrieden, dementiert Lucia Mikeler Knaack aus eigener Erfahrung. In der Pflege und auch als Hebamme werde man immer angefragt, ob man nicht Aushilfsdienst und Pikettdienst leisten könne, um die Kosten zu senken. Inzwischen hat sich die Praxis etabliert, Personen von zuhause aus Pikettdienst leisten zu lassen. Dies entspricht nicht dem Anspruch an moderne Arbeitsbedingungen, im Gegenteil: Man kommt zurück auf Arbeitsmodelle, wie sie vor vierzig Jahren bekannt waren.

Zum Thema öffentlich-rechtliche oder private Spitäler erklärt Lucia Mikeler Knaack, die Covid-Kranken würden in der Regel in den öffentlichen Spitälern gepflegt. Insofern ist das Votum von Marc Scherrer zu unterstützen, Bonuszahlungen über die GWL zu finanzieren, auch wenn dies für viele Landrätinnen und Landräte ein rotes Tuch darstellt. Die GWL setzen sich aus drei Komponenten zusammen, eine davon ist der öffentliche Nutzen. Die Bevölkerung ist auf gute Pflege angewiesen, dies ist also durchaus von öffentlichem Nutzen. Darum müsste den Pflegenden nun ein Bonus ausbezahlt werden. Aus diesem Grund soll das Postulat stehengelassen werden.

Linard Candreia (SP) stellt fest, das Thema Wertschätzung werde in ganz Europa diskutiert, auch in den Nachbarländern. So erklärte Markus Söder vor Kurzem in einem Interview: «Wir werden 500 Euro als Bonus an alle Pflegekräfte zahlen.» Als Nicht-Gesundheitspolitiker stimmt Linard Candreia nachdenklich, dass trotz Enthusiasmus und Freude am Beruf viele Pflegenden ihren Beruf nach einigen Jahren wieder aufgeben. Die Demographie zeigt, dass in den nächsten Jahren mehr Alte mit polymorbiden Krankheiten leben werden. Es wird also noch mehr Pflegepersonal benötigt als bisher. Das Instrument des Postulats verlangt ein Prüfen und Berichten. Es wäre gerade im Zusammenhang mit der hier diskutierten Thematik gegenüber der Öffentlichkeit schon beinahe unmöglich zu kommunizieren, dass der Landrat ein entsprechendes Postulat abgeschrieben habe. Lösungsvorschläge wurden bereits eingebracht. Andere Kantone diskutieren Ähnliches. Würde das Postulat nun stehengelassen, hätte der Regierungsrat mehr Zeit und allenfalls könnten dann auch gute Ideen aus anderen Kantonen einfließen. Das Postulat muss eindeutig aufrechterhalten werden.

Sven Inäbnit (FDP) ist verwirrt ob der Signale der Urheberschaft. Einerseits wurde gesagt, die Wertschätzung allein sei nicht das Wichtigste, sondern die Lohnstruktur und die Arbeitsplatzattraktivität, dann wiederum wurde das Gegenteil genannt. Wahrscheinlich möchte man am liebsten beides. Auf nationaler Ebene bestehen bereits entsprechende Aktivitäten, beispielsweise der indirekte Vorschlag zur Initiative betreffend Pflegeoffensive, welcher eine deutliche Attraktivitätssteigerung und eine Ausbildungsoffensive zum Ziel hat. Wichtige Fortschritte konnten bereits erzielt werden und weitere Diskussionen sind im Gange. Bei der Rekrutierung von genügend Pflegepersonal handelt es sich grundsätzlich nicht um ein regionales, sondern um ein nationales Problem. Die Kosten für Verbesserungen bei den Pflegeberufen werden sich nicht in Luft auflösen, sondern sich letztlich auf die Prämien niederschlagen. Diese Frage muss gesellschaftlich diskutiert werden, und zwar auf nationaler Ebene und nicht allein für die Gesundheitsregion. Sven Inäbnit befürchtet, dass der Möglichkeit, das Thema über die GWL anzugehen, zu viel Bedeutung beigemessen wird: Von zehn Kriterien für die Ausrichtung von GWL würden neun nicht erfüllt. Auch beim Kriterium des öffentlichen Nutzens stellt sich die Frage, wohin dieser Nutzen fließt. Diese GWL müssten auch anderen Institutionen wie beispielsweise Pflegeheimen, Privatspitälern, etc. zu Gute kommen. Hier bestehen für Sven Inäbnit, wie bereits erwähnt, grosse Fragezeichen. Zugegeben, es ist ein schwieriges Thema. Auch das Thema Wertschätzung muss breiter betrachtet werden. Es besteht ein Stück weit eine Opfersymmetrie in der ganzen Gesellschaft, denn alle leiden unter der Krise. Wege aus dieser Krise werden sich wohl erst in den nächsten Monaten zeigen.

Jacqueline Bader (FDP) bezeichnet die heutige Diskussion nicht als Aufgabe des Parlaments. Der Landrat ist kein Verwaltungsrat oder eine Geschäftsleitung. Jede Firma muss für die Personalrekrutierung entsprechende Parameter vorgeben. Jedes Unternehmen, das seine Mitarbeitenden behalten will, definiert seine Rahmenbedingungen möglichst so, dass die Mitarbeitenden gerne dort arbeiten. Man befindet sich in einer freien Marktwirtschaft. Wem es nicht passt, kann den Job wechseln.

Urs Roth (SP) stimmt Sven Inäbnit betreffend Ausbildungsoffensive grundsätzlich zu. Es werden tatsächlich Schritte auf nationaler Ebene unternommen, aber dieser Effekt verpufft, wenn die Anstellungsbedingungen nicht verbessert werden. Es werden Mehrkosten anfallen, jedoch zeigt ein kaufkraftbereinigter Lohnkostenvergleich für Europa, dass die Schweiz hier nicht im vorderen Drittel rangiert. Südeuropäische Staaten bezahlen teilweise höhere Löhne als die Schweiz. Dass die Probleme über die GWL nachhaltig gelöst werden können, glaubt auch Urs Roth nicht. Es geht ihm zudem nicht darum, nur einem einzelnen Spital oder nur öffentlichen Spitälern zu helfen. Es handelt sich hier um ein Gesamtproblem, von welchem sich die Politik nicht absentieren kann – dies als Antwort an Jacqueline Bader.

Yves Krebs (glp) wirbt für den Vorschlag seines Fraktionskollegen Marc Scherrer, mit dem der gordische Knoten gelöst würde. Die Bevölkerung erwartet vom Landrat nicht, dass das Thema mit formaljuristischen Argumenten kaputtgeredet wird, sondern sie erwartet einen substantiellen Beitrag in der Höhe eines Monatslohns für das Pflegepersonal, welches an vorderster Front viele Zusatzstunden geleistet hat und grossen psychischen Belastungen ausgesetzt ist. Mit einem Bonus von CHF 250 bis 500 und einem Caran-d'Ache-Kugelschreiber ist es nicht getan. Yves Krebs glaubt nicht, dass andere Berufsgruppen, welche ebenfalls einen Sondereinsatz leisten mussten, damit ein Problem hätten.

Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) äussert sich wie folgt: Es wurde eine Auslegeordnung vorgenommen und der Problemdruck erfasst. Es liegt nun ein konkreter Vorschlag vor, welcher vom Landrat umgesetzt werden könnte. Demnach sollen Staats- und somit letztlich Steuergelder über die GWL an eine noch zu bestimmende Personengruppe ausgerichtet werden. Ob man das politisch will oder nicht, muss diskutiert werden. Die Wichtigkeit von attraktiven Arbeitsplätzen in der Pflege ist unbestritten. Der Erhalt von Arbeitsplätzen ist grundsätzlich wichtig, deshalb hat der Landrat während der ersten Corona-Welle Soforthilfen in der Höhe von CHF 40 Mio. à fonds perdu ausgerichtet. Bisher wurden noch einmal CHF 34 Mio. gesprochen. Diese Gelder dienen letztlich auch dem Erhalt von Arbeitsplätzen. An den Spitälern präsentiert sich die Situation ganz anders. Die Arbeitsplätze sind mehr als sicher, es bestehen jedoch Personalunterbestände. Es handelt sich dabei um ein langfristiges Problem, das übergeordnet gelöst werden muss. Letztlich entscheidet der Landrat politisch, ob das Postulat stehengelassen werden soll. Würde es stehenbleiben, wäre die einzig machbare Lösung eine kurzfristige Pflasterlipolitik mittels Sonderbonus. Je nach Höhe dieses Bonus besteht aber auch die Gefahr, dass dieser nicht als Anerkennung, sondern als Abspeisung betrachtet wird.

://: Das Postulat wird stillschweigend überwiesen und mit 45:36 Stimmen stehen gelassen.
